

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten.

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Erkennungsgeweihe: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3.25, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.90 mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. **Postverkehrs-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeinde-Verbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Natur — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Uebernahme oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Anzeigenpreis:** Die gespaltene Grundzeile (Zm. No. 14) oder deren Raum 120 Bsp., örtliche Anzeigen 80 Bsp. In Vertikale (Zm. No. 14) 250 Bsp., die gespaltene Zeile bei Wiederholungen Nachschuß nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 100 Bsp. — Für bestimmte Tage oder Wochen wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 94 Sonntag, den 23. April 1921. 75. Jahrgang

Deutschland ruft die Vermittlung Amerikas an. Amerika lehnt ab.

Die deutsche Note

Berlin, 21. April. (B. I. B.) Die Reichsregierung hat nach Vermittlung des amerikanischen Geldstrügers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

„Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten, trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalt bereit und willig ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Unterbindung als recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, keinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten, sowohl dem Buchstaben, wie dem Geiste nach, zu erfüllen.“

„Eine Erklärung ab, in der gegen die Billigung darüber ausgesprochen wird, daß sie in der Fall seiner Angelegenheit den Beschlüssen des Landtages nicht nachgekommen ist. — Sodann wurde eine Reihe von Nachtragstatistiken erledigt. Zuletzt handelte es sich um das Kapitel Finanzministerium. Hier gab Abgeordneter Dr. Seipert namens der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten folgende Erklärung ab:

„Nach den Feststellungen, die die Regierung am 7. April gegenüber der kommunistischen Partei gemacht hat, erscheint uns mit den Interessen des Landes die Tatsache unvereinbar, daß die Regierung in ihrem Bestande nach wie vor lediglich von der Unterstützung der kommunistischen Partei abhängt. Aus diesem Umstand, wie aus den Äußerungen einzelner Minister und aus Forderungen der Regierungsparteien geht hervor, daß sich die jetzige Regierung als reine Klassenparteiregierung in schroffem Gegensatz zu dem in den nicht sozialistischen Parteien vertretenen Teile des Volkes stellt. Wir werden uns jederzeit diesen Gegensatz dadurch bekunden, daß wir die Gehälter der Minister ablehnen.“

„Die durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte und in unzweifelhafter Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hat die zuversichtliche Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung begehrteter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen der drohenden Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.“

„Nach Verlesen der Erklärung verließen die Mitglieder der sozialdemokratischen Regierungsparteien auf den Wink ihrer Fraktionsführer den Sitzungssaal, und Abgeordneter Müller (Soz.) erklärte, er sei leider beauftragt, die Befähigung des Hauses anzuzweifeln, weil die Erklärung wie ein Licht aus heiterem Himmel gekommen sei. Der Präsident muß darauf die Befähigungsfähigkeit des Hauses feststellen und die Abstimmung über das benannte Kapitel auf eine der nächsten Tagesordnungen verschieben.“

Schluß der Sitzung 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 26. April.

Die amerikanische Ablehnung

Washington, 22. April. (Draht.) Weiter-Nachricht: Die Regierung hat Deutschlands Bitte, Harding möge in der Reparationsfrage vermitteln, abgelehnt, aber eingewilligt, wenn Deutschland eine geeignete Unterlage für Verhandlungen biete, in Erwägung zu ziehen, die Sache zur Beachtung der Alliierten zu bringen. In einer für diese unannehmbaren Weise, damit die Verhandlungen schleunigst wieder aufgenommen werden können. „Inwiefern diese Note spricht erneut die Hoffnung aus, daß Deutschland schnell für eine Verhandlungsgrundlage geeignete Vorschläge formulieren werde.“

„Zu diesem erbaulichen parlamentarischen Schauspiel wird uns aus Dresden geschrieben:

Kurz nach dem Zusammenreißen des sächsischen Landtages im Herbst vorigen Jahres glaubte der sozialdemokratische Landtagspräsident Fröhdorf zwei Landtagsmitglieder wählen zu müssen, weil sie für den Landtag Bezeichnungen gewählt hatten, die diesen herabwürdigend angesehen seien. Der eine hatte den Landtag eine „Schwafelhude“, der andere eine „parlamentarische Trödelbude“ genannt. Wenn diese Ausdrücke jetzt gefallen wären, dann würde der Präsident sehr wahrscheinlich nicht mehr Veranlassung nehmen können, diese Ausdrücke als die Würde des Landtages herabsetzend zu bezeichnen; denn die sozialistische Regierungsmehrheit hat es in der Zwischenzeit mit geradezu seitlichem Gehäufte verstanden, den sächsischen Landtag so herabwürdigend, daß er heute nur noch als blutiger Hohn auf alle Versuche über Parlamentarismus wirken muß.“

Bürgerliche Kampfsache im Sächsischen Landtage.

Die Bardebotzstellung am Donnerstag zeigte wieder, daß das stärkste Mittel für die gegenwärtigen Regierungsparteien, sich an der Herrschaft zu erhalten, die Flucht aus dem Landtage ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abgeordneter Dr. Seipert (Demokrat) namens seiner Fraktion

die Erklärung der Bürgerlichen löste zunächst auf der Regierungsseite peinliches Schwitzen aus, dann aber zeigte sich ein Bild, als wenn mit einem Stöckel in einem Ameisenhaufen gestochen wäre. Der Fraktionsführer der Unabhängigen stellte sich vor die Bänke der Regierungsparteien und deutete mit befehlender Geste nach den Ausgangstüren. Die Unabhängigen, die Kommunisten und ein Teil der Mehrheitssozialdemokraten folgten diesem Kommando im Augenblick und verschwanden im Nu aus dem Saale. Ein Teil der Mehrheitssozialdemokraten aber schien offenbar das Feinliche dieses Vorganges, der sich nun schon zum so und so vierten Male in den letzten Wochen wiederholte, doch zu empfinden und zögerte sichtlich, dem Kommando des Unabhängigen nachzukommen. Schließlich aber wurden auch sie zum Verlassen des Sitzungssaales bewogen.“

Ein weiterer Ruck nach links in der sächsischen Regierung.

Anstelle des zurücktretenden Wirtschaftsministers Schwarz wird in den nächsten Tagen der mehrheitssozialdemokratische Abgeordnete Feilisch zum sächsischen Wirtschaftsminister ernannt werden. Diese Wahl beweist, daß die radikalere, die Chemnitzer Richtung, in der mehrheitssozialdemokratischen Partei immer mehr Übergewicht gewinnt und daß nun auch in der Regierung selbst eine weitere Verschiebung des Schwerepunktes nach links herbeigeführt wird. Feilisch ist bekanntlich derjenige, dessen Einfluß in der sozialdemokratischen Partei es gelang, diese für die rein sozialistische Regierung festzulegen, der um jeden Preis ein Zusammengehen mit den Unabhängigen und Kommunisten verlangte und der nun auch dementsprechend im Ministerium selbst wirken wird.

Der Justizminister Dr. Harnisch wird nun doch endgültig zurücktreten. Gegen alle, mit nicht nur gelinder Gewalt geführten Versuche des Ministerpräsidenten und der sozialdemokratischen Parteileitung, Dr. Harnisch doch zum Bleiben zu bewegen, hat Dr. Harnisch nunmehr an die Regierung folgende Erklärung ergehen lassen:

„Am allen weiteren Erörterungen und Kombinationen über meine Person und Entschließung die Spitze abzubringen, teile ich Ihnen mit, daß mein Entschluß, aus der Regierung auszuscheiden, ein endgültiger ist und daß ich lediglich pflicht- und verfassungsgemäß mein Amt solange weiterverwalte, bis sich ein Nachfolger gefunden haben wird.“

Unzweifelhaft wird auch der neue Justizminister der radikalen Richtung entnommen werden.

Nach aus aller Welt.

- Das Rittergut Collin von den Polen annektiert. Einer Meldung des „Berl. Votaleinzeigers“ zufolge ist das dem Prinzen Friedrich Leopold gehörige Rittergut Collin vom polnischen Staat annektiert und dem Staatschatz einverleibt worden. Prinz Friedrich Leopold hat durch seinen Rechtsvertreter beim polnischen Finanzminister Einspruch erhoben und das Ministerium für den entstandenen Schaden gerechtfertigt gemacht.
- Großer Heidebrand. Im Landreise Lebe, Provinz Hannover, entstand ein großer Heidebrand. Große Wald- und Heidebestände wurden zerstört. Ein Interniertenlager, in dem 5000 gefangene Bolschewisten untergebracht sind, stand in größter Gefahr. Dem Eingreifen von 1200 Volkswächtern gelang es, das Feuer zu ersticken.
- Gefährliche Banknotenschieber. Wie die Korrespondenz Wilhelm meldet, wurde hier der Vorstand der Filiale Stendal des Rathenower Bankhauses Müller, Heinrich Müller, mit der Kaufmann Otto Brosse aus Rathenow bei dem Versteck, 2 1/2 Millionen gestempelte österreichische Kronen nach Deutschland zu schmuggeln, verhaftet.
- Heftigkeit in Alexandria. In Alexandria ist die Pest ausgebrochen. Es werden täglich 35 neue Fälle gemeldet. Alle ankommenden Schiffe sind einer Quarantäne unterworfen.

Aus der Oberlausitz.

- Die Einbrecher, die, wie gemeldet, vor einigen Tagen in Medewitz am hellen Tage in einem Hause eines Eisenarbeiters dessen sämtliche Kleidungsstücke geraubt haben, sind in Köhlschroda verhaftet worden. Sie haben sich mit den geraubten Kleidern vollständig neu eingekleidet und den Rest an einen Einwohner in Bischofswerda für 4 2/3 Bsp. verkauft. Vor dem Amtsgericht in Köhlschroda haben die Landstreicher bereits ein volles Geständnis abgelegt. Der Käufer der Kleider wird aufgefordert, sich sofort freiwillig zu melden, da er dann straflos ausgehen wird. Muß er erst gegen ihn eingeschritten werden, dann hat er schwere Bestrafung wegen Hehlerei zu gewärtigen.
- Am Jahrmärktenstag gestiftet im Schützenhaus, Kleiner Saal, die bestbekannte Baritoe-Gesellschaft Paul Einbock aus Dresden mit 8 ersten Kräften. Anfang 4 und 8 Uhr.

Neugersdorf, 22. April. Eine kleine Geburtstagsfeier konnte am Mittwoch ein hiesiger Einwohner mit seinen Kindern begehen. Es feierten der Hausbesitzer Fr. Reinhold Thomas, sowie sein Sohn Alwin Thomas und ein Enkel des ersten, Herbert Thomas, ihren Geburtstag. Fr. Reinhold Thomas wurde geboren am Gründonnerstag, den 20. April 1859, sein Sohn Alwin Thomas am 20. April 1888, der Enkel Herbert Thomas am Gründonnerstag, d. 20. April 1916.